

Kunst & Wissenschaft unter Druck

Bildungs- und Kultureinrichtungen geraten angesichts rechtspopulistischer sowie rechtsextremistischer Kräfte zunehmend unter Druck. In den Universitäten sind es insbesondere die geisteswissenschaftlichen Fächer, die durch Anfeindungen und Versuche der politischen Einflussnahme bedroht werden.

Im Bereich der Kunstwissenschaften sind Angriffe auf Felder zu beobachten, die einerseits längst etablierte Diskurse wie etwa die Kritische Kunstgeschichte, Feminismus und Provenienzforschung bedrohen oder aber, wie im Falle von Post/Decolonial-, Heritage-, Ecocritical-, Intersectional-, Disability-, Trans-, Queer- und Gender-Studies, jüngere Diskurse zu diskreditieren versuchen, die für eine kritische Erneuerung des Fachs unentbehrlich geworden sind.

Das Kunstgeschichtliche Institut der Goethe Universität tritt mit einem klaren Bekenntnis zur Demokratie jeglichen Versuchen entgegen, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft zu untergraben und zeigt sich zugleich solidarisch mit allen Museen, Kunst- und Kultureinrichtungen, die aktuell der Bedrohung durch politische und/oder extremistische Einflussnahme ausgesetzt sind. Die konkreten Pläne der AfD, die Arbeit der Provenienzforschung, der Kunstvereine und der Gender-Studies durch die Einstellung finanzieller Förderungen zu sanktionieren, würden im Falle ihrer Umsetzung eine drastische Einschränkung der Freiheit von Kunst, Forschung und Lehre bedeuten.

Wir wenden uns gegen diskriminierende, antidemokratische, autoritäre und geschichtsrevisionistische Positionen und setzen uns ein, für Vielfalt und Toleranz sowie für die Freiheit von Forschung und Lehre, in der auch aktuelle gesellschaftliche Fragen im offenen Dialog mit den Student*innen einen Platz haben können.

Wir unterstützen daher die Initiative, seitens der Fach- und Berufsverbände kunstwissenschaftlicher sowie angrenzender Disziplinen, einen [Ausschuss zum Schutz der wissenschaftlichen Freiheit in der Kunstgeschichte](#) einzurichten und schließen uns dem [Positionspapier des Kunsthistorischen Studierendenkongresses \(KSK\) gegen Rechts](#), der [Frankfurter Erklärung](#) sowie der [Erklärung der Frankfurter Kultur- und Bildungseinrichtungen im Superwahljahr 2026](#) an.

Frankfurt a.M., den 24.06.2026